

Verantwortliche
Redakteure.
Für den politischen Theil:
C. Joulane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil:
J. Hachfeld,
sämmlich in Posen.
Verantwortlich für den
Inseratenthell:
J. Klugkist in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17.
fern bei H. Ad. Schell, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breiterstr. 17.
Olla Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8.
in Gnesen bei J. Schrapkowski,
in Meseritz bei H. Niekisch,
in Breschen bei J. Julewski
u. b. d. Inserat-Annahmestellen
von G. A. Dautz & Co.,
Hafenstraße 10, K. Ad. Schell
und „Invalidenthron“.

Nr. 111

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal,
am Sonntag, Montag und Freitag. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,15 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 13. Februar.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitungs- oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1891

Amtliches.

Berlin, 12. Februar. Der Kaiser hat mit der Stellvertretung
des Reichskanzlers im Bereich der Justizverwaltung, soweit sich
diese in der eigenen und unmittelbaren Verwaltung des Reichs
befindet, den Staatssekretär des Reichs-Justizamts Dr. Bosse
beauftragt.

Der Kaiser hat den Rechtsanwältin Ströber bei dem Land-
gericht in Meß und Schmidtmüller bei dem Ober-Landesgericht in
Kolmar, sowie den Notaren Krafft in Sulz bei Gebrüder und
Bauer in Thann den Charakter als Justizrath verliehen.

Der König hat die Regierungs-Ärztinnen Meßel zu Marien-
werder und Fölsche zu Magdeburg zu Regierungsräthen ernannt.

Der bisherige Rector an der Universität-Bibliothek zu Göttingen
Dr. Molitor ist zum Bibliothekar der Paulinischen Bibliothek
bei der königlichen Akademie zu Münster i. W. ernannt worden.

Deutschland.

Berlin, 12. Februar. Das Vorpstengefecht zwischen
den Bismarck-Organen und denen des Herrn v. Caprivi
dauert fort. Die „N. A. Z.“ ist heute abermals angewiesen,
den „Hamburger Nachr.“ entgegenzutreten, und sie thut es
noch mit Schonung, hinter der man aber doch einen entschlossenen
Willen merkt, der sich eine Fortsetzung der bekannten Agitations-
weise der Bismarck-Organen offenbar nicht gefallen lassen will.
Die „N. A. Z.“ spielt zum ersten Male auf die persönlichen
Beziehungen der „Hamb. Nachr.“ an, vielmehr von Seiten der
Regierung wird auf diese Beziehungen hingewiesen, und mit
gerechter Ironie wird erklärt, daß diese Beziehungen und die
Unmöglichkeit des sachlichen Gegenbeweises die sichere Deckung
bilden, aus der jede Handlung der gegenwärtigen Regierung
mit der Behauptung, Fürst Bismarck würde anders gehandelt
haben, kritisiert und herabgesetzt werden kann. Daß aber in
solcher Weise der Kampf zwischen Berlin und Friedrichsruh
nicht fortauern kann, ist klar. Es würde nichts dabei her-
auskommen, als ein leeres Hin- und Herreden, und die Ab-
weichung von der bisher beobachteten Zurückhaltung gegenüber
der Friedrichsruher Preßthätigkeit hätte keinen rechten Zweck,
wenn nichts geschähe, als daß in der „N. A. Z.“ von Zeit
zu Zeit erwidert wird. In der That liegt es schwerlich in der
Absicht der leitenden Persönlichkeiten, es bei dieser Art von
Entgegnung bewenden zu lassen. Welche andere Form der Er-
widern und Zurückweisung gewählt werden kann, oder ge-
wählt werden wird, muß abgewartet werden. Vielleicht
finden sich die in Betracht kommenden Personen,
über die möglichen Wege, zu deren Betreten sie
gezwungen werden könnten, selber noch nicht klar. Jedenfalls
indessen ist der Unmuth groß, mit dem die Störungen beob-
achtet werden, welche die Politik des jetzigen Systems
von dem Fürsten Bismarck zu erleiden hat. Je heftiger
die Sprache der Bismarckblätter wird, desto mehr empfindet
man hier die Sachlage als eine wahre Kalamität, und es
ist schon möglich, was erzählt wird, daß sich be-
reits ganz unmittelbare und bis in Einzel-
heiten nachzuweisende Hemmnisse in ver-
schiedensten auswärtigen Aktionen durch jenes
Dazwischentreten einer persönlichen Fehde
ergeben haben. Zwischen dem Kaiser und Herrn von
Caprivi herrscht Einverständnis darüber, daß solche Verhält-
nisse nicht geduldet werden können. Die Kritik, die Fürst
Bismarck durch die „Hamb. Nachr.“ an der Kolonialpolitik
der gegenwärtigen Regierung, namentlich am Abkommen mit
England hat üben lassen, wird an der entscheidenden Stelle
als eine sehr persönliche Kritik empfunden. Es ist mit dem
Einverständnis, vielleicht sogar mit dem Willen des Kaisers
geschehen, daß Herr v. Caprivi sich in der neulichen Kolonialbesatz
des Reichstags darauf berufen durfte, er habe ein ganz bestimmtes
Aktionsprogramm des Kaisers in Bezug auf die kolonialpoliti-
schen Abmachungen vorgefunden, und seine Thätigkeit habe in der
möglichst zweckmäßigen und gezielten Ausführung dieses Pro-
gramms bestanden. Die Ausstellungen also des ehemaligen
Kanzlers an dem Kolonialvertrage gehen über den Kopf des jetzigen
Reichskanzlers hinweg nach einer höheren Stelle. Das ist
aber nur ein Moment unter vielen, und es ist noch nicht ein-
mal das wichtigste. Man kann dem Fürsten Bismarck nicht
unterlagen, seine Meinung zu äußern, aber vielleicht wird er
doch in besonderer Weise darauf aufmerksam gemacht werden,
wohin Form und Inhalt seiner Meinungsäußerungen führen
könnten. — Der Kaiser ist heute Abend der Gast des
französischen Botschafters, der zum würdigen Em-
pfange des Monarchen die außerordentlichsten Anstalten ge-
troffen hat. Pariser Dekorationen sind seit Tagen bei der Ar-
beit gewesen, um das ohnehin sehr reich und prunkvoll aus-
gestattete Botschaftspalais nach Möglichkeit noch mehr zu
verschönern. Obwohl auch der alte Kaiser Wilhelm die Ball-
festlichkeiten in der französischen Botschaft zu besuchen pflegte,
so gilt der heutige Besuch des Kaisers bei Herrn Herbet

doch allgemein als ein besonderes Ereigniß. Es heißt, daß
der Kaiser selber den Tag bestimmt habe, an dem er in der
Botschaft empfangen zu werden wünsche, und in Paris soll
dieser Vorgang derart bemerkt worden sein, daß erwogen wurde,
ob nicht ein Spezialgesandter als Vertreter des Präsidenten
Carnot zur Begrüßung des Monarchen „auf französischem
Boden“ herzusenden sei. Das ist denn freilich unterblieben,
aber etwas Ungewöhnliches, eine Art von politischer Atmosphäre
umgibt doch diese Festlichkeiten.

Der Kriegsminister v. Verdy äußerte be-
kanntlich bei der Militärnovelle des vergangenen Jahres, von
auf eine amtliche Anfrage hin nur ein Regiments-
Kommandeur sich für die zweijährige Dienst-
zeit erklärt habe. Man hat sich bemüht, den Namen dieses
Herrn in Erfahrung zu bringen, doch das wollte nicht gelingen.
Wie das „V. L.“ nun mittheilt, ist jener Offizier der kürzlich
zur Disposition gestellte General-Lieutenant v. Bogus-
lawski, damals (1886) Kommandeur des Füsilier-Regiments
Nr. 40. Man erinnert sich nun einer kürzlichen Korrespondenz
der „Hamb. Nachr.“ über die Verabschiedung verschiedener
Militärschriftsteller auf taktischem Gebiete. Ein Zusammenhang
der Verabschiedung des Generals mit seinen 1886 erfolgten
Ausführungen über die zweijährige Dienstzeit liegt aber nicht
vor, denn Boguslawski erhielt nach erstattetem Bericht eine
Brigade, welche er bis zu seiner Verabschiedung geführt hat.
Interessant bleibt hierbei besonders, daß dieses Eintreten für
die zweijährige Dienstzeit nicht etwa von theoretischen Erwä-
gungen ausging, sondern gerade von dem Manne, welcher seit
etwa zwei Jahrzehnten an der Spitze unserer taktischen
Schriftsteller gestanden hat. General v. Boguslawski ist außer-
dem, abgesehen von zwei kurzen Unterbrechungen, immer im
Frontdienst gewesen; er hat seit Lundby (1864) an den Haupt-
erfolgen im Felde als Premier-Lieutenant und Hauptmann
theilgenommen, sowie ganz hervorragend bei Königgrätz, Wörth
und in der Schlacht am Mont Valerien gekämpft. Wenn
aber ein General, der auf den Schlachtfeldern den Werth der
taktischen Ausbildung der Mannschaften genau kennen zu
lernen Gelegenheit hatte, sich auf dienstliche Aufforderung hin
für die zweijährige Dienstzeit geäußert hat, so
liegt darin das stärkste Moment, welches neuerdings für die
Lösung der Frage überhaupt beigebracht worden ist.

Die „Bosfische Zeitung“ hatte jüngst das Treiben
der Bismarck-Pressen gegen Herrn v. Caprivi
einer Beurtheilung unterzogen und dabei unter Hinweis auf
den Karolinenfall und die Samoafrage ihre Zweifel ausgespro-
chen, daß Fürst Bismarck außer Stande gewesen wäre, das
deutsch-englische Abkommen zu unterzeichnen. Darauf wird in
den „Hamburger Nachrichten“ von dem früheren Reichskanzler
geantwortet:

Wenn Fürst Bismarck wegen Samoa und der Karolinen
Deutschland nicht in Krieg verwickelt hat, so sollte doch auch die
„Bosf. Ztg.“ ihm dies danken. Jeder Staatsmann mit weniger
Autorität hätte sich wahrscheinlich genötigt geglaubt, jene An-
gelegenheiten durch rasche Entschlüsse zum Bruch zu treiben,
ohne zu erwägen, daß der Krieg mit Amerika und mit Spanien
eine chronische Krankheit von jahrelanger Dauer gewesen sein würde,
welche dem Wohlstande aller Völker schweren Wunden geschla-
gen hätte, ohne daß Jemand nach Beendigung des Kampfes noch
eine deutliche Vorstellung von der Ursache desselben gehabt haben
würde. Wir glauben nicht, daß die „Bosf. Ztg.“ mit ihren An-
sichten im deutschen Volke und bei den am amerikanisch-spanischen
Verkehr beteiligten Kreisen Anklang finden wird. Man sieht aber
aus den Ausführungen des Blattes, wohin es geführt hätte, wenn
damals Leute von der Richtung der „Bosfischen
Zeitung“ am Ruder gewesen wären. Wahrscheinlich
lägen wir noch jetzt im Kriege, weil keine der beteiligten Mächte
die andere in zum Frieden zwingender Weise zu bewältigen ver-
mocht hätte. Die „Bosf. Ztg.“ spielt in diesem Falle, wie immer,
wenn sie sich auf das Gebiet der auswärtigen Politik begibt, die
Rolle des Peter in der Fremde, der weder Land noch Wege kennt.
Bei näherer Ueberlegung wird sie sich sagen, daß die Samoa- und
Karolinen-Angelegenheiten jedenfalls nicht zu „denjenigen“ Dingen
gehören, die Fürst Bismarck „unterdrückt“, weil sie zu seinen Un-
gunsten deuten würden könnten.

Wenn diese Ausführungen von dem Fürsten Bismarck
herrühren, so können wir, bemerkt die „Bosf. Ztg.“ hierzu,
nur bedauern, daß er zu jeder sachlichen Auseinandersetzung
unfähig zu sein scheint. Denn wir sind mit der Beilegung
des Karolinenstreites, wie des Samoaalles durchaus einver-
standen gewesen. Wir sind die Letzten, welche zu einem
Kriege mit Spanien oder Amerika gerathen hätten. Aber
wenn „Leute von der Richtung der „Bosf. Ztg.“ am Ruder gewesen
wären, so wäre es zu einem Streite um jene Inseln überhaupt
nicht gekommen. Daß die Maßnahmen des Fürsten
und des Grafen Bismarck, welche schließlich namentlich auf
Samoa, Deutschland peinliche Niederlagen bereiteten, besser
unterblieben wären, darüber wird man heute vielleicht auch in
Friedrichsruh nicht im Zweifel sein. Wenn Fürst Bismarck

nicht weiß, daß wir nicht die Beilegung, sondern die Ein-
leitung jener Konflikte verurtheilt und wie wir die Karolinen
und Samoa als unzureichenden Anlaß eines Krieges behan-
delt haben, so spielt er, nicht aber wir die Rolle des Peter
in der Fremde. Aber wir haben aus seinen damaligen Rück-
zügen geschlossen, daß er ebenso gut wie die Karolinen und
Samoa auch Witu und noch viel mehr zu opfern bereit ge-
wesen wäre, und diese Ueberzeugung ist durch die überflüssigen
Betrachtungen über die Folgen eines Krieges mit Spanien
und den Vereinigten Staaten in Nichts erschüttert worden.

Die Besetzung des Oberpräsidiums der Provinz
Pommern (an Stelle des ausscheidenden Grafen Behr-Regen-
dank) soll bis zum 1. April erfolgen. Eine bis dahin vielverbreitete
Angabe, wonach der Staatssekretär im Reichs-Schatzamt, Freiherr
v. Malgahn-Gülz, für den Posten ersehen wäre, dürfte sich
nicht bestätigen, und eine Veränderung im Reichsschatzamt ein-
treten überhaupt nicht eintreten.

In den Zollverhandlungen mit Deutsch-
land wird Oesterreich in Folge einer Abmachung bei Beilegung
des Tarifstreites mit Ungarn eine Reduktion des
deutschen Zolles auf Mehl zu Gunsten Ungarns
verlangen.

Zur angeblichen Nothlage der Landwirtschaft
bemerkte die amtliche „Röthener Zeitung“: Bei einem Privatver-
kauf von 51 Morgen in Baasdorfer Feldmark belegenen Acker
wurde der Morgen mit 570 Thaler bezahlt. Um bei der Bewirth-
schaftung solch theuren Grundes und Bodens eine Rentabilität zu
erzielen, muß die Landwirtschaft auf der höchsten Stufe der Kultur
stehen, was ja auch durchgängig bei uns der Fall ist.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichs-
tages hat zu dem Vorgehen Engels bezüglich des sozialistischen
Programms bisher einen Beschluß nicht gefaßt. Damit widerlegen
sich die Nachrichten, als ob Herr Liebknecht beauftragt sei,
Engels Vorgehen im „Vorwärts“ als illoyal und das Partei-
interesse schädigend darzustellen, von selbst.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. In der heutigen Sitzung der Kommission für die
Novelle zum Krankenkassengesetz wurde auf Antrag
Gierth ein neuer § 34a eingefügt, welcher bestimmt, daß
die Mitglieder des Vorstandes ihr Amt als unentgeltliches Ehren-
amt verwalten und die Ablehnung der Wahl zum Vorstände nur
aus denselben Gründen zulässig ist, aus welchen das Amt eines
Vormundes abgelehnt werden kann. § 46a (Zwangsverbände zur
Anstellung gemeinsamer Kassenbeamten, Aerzte etc.) wird bekämpft
von Dr. Gierth und Hise, befürwortet mit Rücksicht auf Berliner
Verhältnisse von Gierth und schließlich gegen dessen und die
Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt.
§§ 46b und c, 47, 48 und 48a werden mit reaktionellen Ände-
rungen angenommen.

Lokales.

Posen, den 13. Februar.

* [Wasserstand der Warthe.] Telegramm aus P o g o-
rzelice vom 13. Februar 1,68 Meter.

—a. Das Wasser der Warthe, welches heute Morgen 8 Uhr
am Pegel 2,58 Meter zeigte, tritt bereits über beide Ueberfälle des
Berdychow-Dammes. Zur Absperzung des Berdychow-
Dammes ist eine Barriere in der Dammstraße und eine am
Kalkthor aufgestellt. Die Wallstraße zwischen dem Warthauer
und Kalkthor ist für den Wagenverkehr freigegeben.

—a. In Wilda sind unter den Bewohnern einzelner Grund-
stücke Typhuserkrankungen vorgekommen. Der Herr Po-
liceidirektor v. Nathusius hat gestern in Begleitung des Kreis-
Physikus Herrn Sanitätsrath Dr. Hirschberg die einzelnen Grund-
stücke besichtigt, um Vorkehrungen zur Verhinderung der Welter-
breitung der Krankheit zu treffen.

—a. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurde die un-
eheliche Marie Sch., weil dieselbe einer Wittve in der Kloster-
straße aus unverschlossener Stube einen Mantel entwendet hat;
das Waisenmädchen Gertrud K., weil dieselbe aus dem Dienst ent-
laufen ist und einige ihr nicht gehörige Sachen entwendet hat; der
Arbeiter Felix K. von hier, weil derselbe gestern Abend auf der
Grabenstraße eine Fensterseile vorläufig zerklagen hat um, wie
er sagte, in das Gefängnis zu kommen; eine Person wegen Obdach-
losigkeit; 4 Bettler. — Gestohlen wurde einem Wirtshaus-
händler in der Kränzelsasse am 11. d. M. aus seinem Laden ein
Paar Stiefeln, ein brauner Knabenpaletot, Badwaaren und aus
der Ladenkasse etwas Kleingeld. — Verloren ein schwarzes Por-
temonnaie mit 6,40 M.

Angekommene Fremde.

Posen, 13. Februar.

Grand' Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Graf Czarnicki
aus Gogolew, Ursyn Niemcewicz aus Warschau, Grabski aus
Stomil, Chelmitz aus Jernitz, Chelmitz aus Jatzewo, Scza-
nicki aus Nawra, Kaufmann Haberlah aus Altenburg.
Mylius Hotel de Drosde (Kritz Bromer). Rittergutsbesitzer
Hänsch aus Lachmitow, Oberförster Rent. Smend aus Ludom,
Direktor Kettler mit Familie aus Opalenica, Schauspielerin Frä.
Gizlag aus Köln, die Kaufleute Weitz, Minert, Weigelt, Hofenthal,
Brandt und Krausitz aus Berlin, Brunkau aus Hamburg, Stiel
aus Düsseldorf, Stödel aus Treuen, Teichmann aus Hannover
und Tod aus Breslau.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer
v. Wosierski aus Podrzej, Boden und Frau aus Siebenbrühlchen
und Lindenberg aus Radebnow, Fabrikbesitzer Siegel aus Börsch,

